

1534/AB XX.GP

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 1671/J betreffend den Brand in der Wiener Hofburg und die Vergabe von Reparatur- und Wiederherstellungskosten, welche die Abgeordneten DI Prinzhorn und Kollegen am 1.3. Dezember 1996 an mich richteten und aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie beigelegt ist, stelle ich fest:

Antwort zu Punkt 1 der Anfrage:

Der Untersuchungsbericht des Bundesministeriums für Inneres liegt dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten seit Oktober 1993 vor. Laut Untersuchungsbericht ist der Brand im Bühnenbereich des Großen Redoutensaals ausgebrochen. Die Brandursache konnte nicht mit Sicherheit festgestellt werden. Als Initiierungsvorgang würde entweder ein "elektrodynamischer Effekt" oder das "Einbringen eines schlecht oder nicht abgelöschten Tabakrestes" in eine geeignete Materialanordnung angesehen, wobei die 2. Variante als wahrscheinlicher eingestuft ist. Als Konsequenz wurden die laufenden Brandschutzmaßnahmen intensiviert.

Antwort zu den Punkten 2, 3 und 4 der Anfrage:

Über die Vergabe von Sicherungs- und Aufräumungsarbeiten entschied eine Projektgruppe bestehend aus Vertretern der Burghauptmannschaft, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten und Fachexperten.

Der Umstand, daß der Rechnungshof in seinem Bericht auf die Vergabe der Sicherungs- und Aufräumungsarbeiten nicht eingeht, kann als Bestätigung der Richtigkeit der Vorgangswis gewertet werden. Die notwendigen Sofortmaßnahmen waren nicht auszuschreiben, da Gefahr im Verzug war und Art, Güte, Umfang und Umstände der ersten Absicherung- und Aufräumungsarbeiten nicht in dem für eine förmliche Ausschreibung notwendigen Ausmaß beschreibbar waren.

Antwort zu den Punkten 5 und 7 der Anfrage:

Die Arbeiten für die Sanierung und Wiederherstellung der Redoutensäle wurden öffentlich nach Gewerken ausgeschrieben. Die Baumeisterarbeiten wurden in zwei Abschnitten öffentlich ausgeschrieben. An diesen Ausschreibungen haben sich jeweils acht Firmen beteiligt. Billigst- und Bestbieter war in beiden Fällen die Firma Porr, die auch den Zuschlag erhielt.

Bei den anderen Ausschreibungen (z.B. Dachkonstruktion, Dachdeckung, Haustechnik, Steinmetz, Estrich, Tischler etc.) haben sich unterschiedlich viele Firmen beworben. Die Beauftragung erfolgte aufgrund der geltenden Vergabenormen und -Richtlinien.

Antwort zu Punkt 6 der Anfrage:

Bei den im Rechnungshofbericht genannten Mehrkosten handelt es sich um immaterielle Leistungen des Generalplaners. Ein Zusammenhang mit der Vergabe der materiellen Sanierungsleistungen durch Firmen ist somit nicht gegeben.

Antwort zu Punkt 8 der Anfrage:

Noch in der Brandnacht wurde die Bevölkerung von prominenten Vertretern des öffentlichen Lebens zu Spenden aufgerufen. Die eingegangenen Spendengelder in der Höhe von rund 5 Mio. S wurden aufgrund eines interministeriellen Abkommens vom Bundesdenkmalamt verwaltet und für die Restaurierung der Decke des Kleinen Redoutensaals verwendet.

Antwort zu Punkt 9 der Anfrage:

Der Ausbau des baulichen Brandschutzes und die Ausstattung mit modernen automatischen Brandmeldern wurde fortgesetzt. Weiters ist beabsichtigt, in der Hofburg eine Betriebsfeuerwehr einzurichten. Die Kosten können nur groß geschätzt werden, weil oft technischer und baulicher Brandschutz eng verknüpft sind. Insgesamt wurden bisher rund 500 Mio. aufgewendet.

Antwort zu Punkt 10 der Anfrage:

In allen historischen Bundesgebäuden werden und wurden im Zuge von Generalsanierungen und größeren baulichen Veränderungen automatische Brandmeldeanlagen eingebaut. Diese Maßnahmen werden unabhängig vom Brand der Redoutensäle gesetzt. Beispielhaft seien alle im Investitionsprogramm für die Bundesmuseen enthaltenen Gebäude (Museumsmilliarden), die Hofburg in Innsbruck und die Festung Hohensalzburg genannt.

Je nach Art und Größe des Gebäudes muß mit Kosten in der Höhe von 10 bis 50 Mio. S gerechnet werden.